

Bezugspreis: Vierteljahr 10,50 M., monatlich 3,50 M. ...

Anzeigenpreis: Der achtspaltige Honorarpreis ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 17. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Das deutsche Südtirol.

Der Krieg hat auch in Italien die Eier der Kriegsgewinnler und den Wucher des rücksichtslosesten Kapitalismus enthüllt.

Der Krieg hat mehr getan. Er hat die größten Enttäuschungen gebracht und die Spekulation auf Gewinn aus der Perestroika gründlich widerlegt.

Im ganzen Mittelmeergebiet sitzen nun England und Frankreich. In Nordafrika sitzt das einst den Türken geraubte Tripolis überall an den Nachbarn der „Verbündeten“ und ist ein Tor, das in sein Haus mehr führt.

In Frankreich, das heute in Europa den Herd der Reaktion bildet, dessen neue Kammer, gewählt auf Grund eines veralteten und verlogenen Wahlrechts, ein Werkzeug des Chauvinismus zu werden droht.

Wir müssen abwarten, ob die Italiener die ersten sein werden, die auch in der Außenpolitik wieder zu Vernunft und Einsicht kommen.

Ob aber infolgedessen volle Freiheit für das unterdrückte Land schon in nächster Zeit erwartet werden kann, ist zweifelhaft.

Diese Fragen treten unter den heutigen Verhältnissen über Italien hinaus. In wie vielen Außenländern nehmen in Anspruch, daran beteiligt zu sein.

Die Ententehilfe für Oesterreich.

Der Oberste Rat in Paris gibt folgenden Bericht über die Verhandlungen, die Renner um die Hilfeleistung für das verhungerte Oesterreich führt.

zunächst die sofortige Absendung von 30 000 Tonnen Getreide.

Die bereits in Triest lagern, nach Oesterreich zu veranlassen. Die Alliierten würden Südtirol einen Kredit gewähren zur Lieferung von Lebensmitteln an Oesterreich.

wie Gut und Böse im ganzen Spiel der Weltpolitik die Nation weiter misden wird und wie lange die Völker sich das Spiel gefallen lassen.

Eine innere Frage aber und unabhängig von anderen Staaten ist die Art der Verwaltung Deutsch-Südtirols unter italienischer Herrschaft.

Zwar ist bekannt, daß der Zivilverwalter Professor Credaro die gelegentlichen Auswüchse der Soldateska mißbilligt und im Grund seines Herzens die ganze Annexion deutscher Sprachgebiete für Unsinn erklärt.

Daß die italienische Sozialdemokratie, als erklärte Gegnerin der Annexion überhaupt, für die Autonomie als Mindestprogramm eintreten wird, ist selbstverständlich.

Das ist um so wertvoller, als jedes Unrecht, jedes Leid, das ihnen zugefügt wird, im ganzen deutschen Volk nachempfunden werden und die Verständigung erschweren würde.

Der Rückschlag.

„Times“ veröffentlicht einen von allen Arbeitern Kiew's unterzeichneten Aufruf an die Arbeiter von Westeuropa und Amerika.

Rußland ist das Opfer eines großen kommunistischen Intriges geworden. Die irregulären russischen Arbeiter, in deren Namen die kommunistischen Propagandisten das Land regieren.

Berpfändung des österreichischen Tabakmonopols.

Der hieraus zunächst zu erzielende Vorschub von 30 Millionen holländischen Gulden wäre in erster Linie zum Ankauf der notwendigen Lebensmittel zu verwenden.

Programme für die Ernährung Oesterreichs in den nächsten zehn Monaten unverzüglich prüfen.

Staatskanzler Dr. Renner dankte den Obersten Rat und hob die Notwendigkeit hervor, die Transporte aus Triest schnellstens durchzuführen.

Die daran anschließende Erörterung ließ erkennen, daß der Oberste Rat gewillt sei, den Wünschen Oesterreichs möglichst entgegenzukommen.

und schlimmsten Glanz gebracht. Die russischen Arbeiter verwerfen den Kommunismus als falsche Lehre und lehnen die kommunistischen Führer als Demagogen ab.

Wir können nicht nachprüfen, ob dieser Aufruf echt ist, möglich ist er durchaus. Wohl keine Stadt hat den Bürgerkrieg so schrecklich kennen gelernt als Kiew, den Bürgerkrieg, den die Bolschewiki durch Wiederaufrichtung des inneren Gewaltprinzips entsetzten.

Lindner und Marloh.

Da die „Freiheit“ auf unsere Feststellungen in der Sache Lindner — abgesehen von den üblichen bloßen Schimpereien — sachlich nichts zu erwidern weiß, so kommt sie mit der ihr üblichen Methode des Schwindels.

Aber bei dieser Gelegenheit möchten wir nochmals an die „Freiheit“ die ergebene Anfrage richten, ob sie nun nicht endlich von dem unabhängigen Widerspruch, der im Falle Lindner verübt worden ist, mit irgendeinem Wort abdrücken möchte.

Nach der Tat Lindners wurde von der Münchener Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl gegen Lindner erlassen. Die Anhebung dieses Anschlags wurde vom „Revolutionären Arbeiterrat“ verboten!

Als der „Vorwärts“ zum erstenmal den wahren Verlauf der Sache schilderte, wollte ein bayerisches Blatt, „Die Allgäuer Zeitung“ vom 27. Februar 1919, diesen Tatsachenbericht abdrucken.

Diese Dinge wurden am 3. März 1919 von uns festgesetzt. Wir haben niemals ein Wort der Mißbilligung in der „Freiheit“ gelesen.

Eberts Beihilfe zur Flucht Ludendorffs.

Unter dieser Ueberschrift druckt die „Freiheit“ in senioreller Aufmachung eine Mitteilung eines Berliner Mittagsblatts ab, das sich seinerseits wieder auf die dänische Zeitung „Politiken“ als Quelle beruft. Ludendorff soll demnach seit dem 9. November 1918 in Berlin seines Lebens nicht mehr sicher gewesen sein und sich schließlich an den Genossen Ebert um Rettung gewandt haben. Ebert habe ihm erklärt, daß die Regierung für Ludendorffs Leben nicht garantieren könne, aber ein Pafß stände zu seiner Verfügung. So habe Ludendorff mit Eberts Hilfe am 12. November von Berlin abreisen und nach Schweden entfliehen können.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die ganze Sache blanke, aufgelegter Schwinde. Es ist charakteristisch, daß Berliner unabhängige Blätter aus einer so unsicheren Quelle wie einem bürgerlichen ausländischen Boulevardblatt derartige Dinge ohne jede Nachprüfung abdrucken. Die „Freiheit“ begnügt sich selbstverständlich nicht mit dem Abdruck, sondern hängt der Nachricht noch schwere Beschlagnahmen an, die sich gegen die Person des Genossen Ebert richten. Keine Lüge ist so abstrus und durchsichtig, als daß nicht noch die Unabhängigen, diese Freunde der lauterer Wahrheit, damit Geschäfte zu machen suchen. Es ist das dieselbe Art der Lügenkampagne, durch die der beschränkte Schlächtergeselle Alois Lindner seinerzeit aufgebracht wurde, den Genossen Kuer niederzuschlagen.

Dr. Schwabacher.

Herr Dr. Schwabacher, dessen erste Verurteilung wir wegen der darin enthaltenen Invektiven gegen verschiedene Personen zurückweisen mußten — übersendet uns nunmehr folgende Erklärung:

Ich stelle fest, daß ich bereits am 29. Juni 1919, mit Rücksicht auf die Haltung der Regierung in der Friedensfrage, meine förmliche Entlassung erbeten hatte und daß diese erst am 1. Nov. dem Termin, zu welchem fast alle Reichsoffiziere mit Rücksicht auf die Friedensverminderung aus der Reichswehr ausgeschieden, erfolgt ist.

Ich stelle ferner fest, daß von einem „Nachakt“ gegen den Reichswehrminister nur keine Rede sein kann, da hierzu für mich nicht der geringste Anlaß vorlag, daß ich weder „dunkle Nachschüsse“ in der Wehrverwaltung getrieben habe, noch von irgendwem an die Luft gesetzt worden bin.

Die Aussagen Dr. Schwabachers werden uns vom Reichswehrministerium persönlich als richtig bestätigt. Wir nehmen daher keinen Anstand, unsere Aussagen in Nr. 630, die aus einer Quelle stammen, die wir als unbedingt zuverlässig betrachtet mußten, mit Bedauern zurückzunehmen.

Steigerung der Lebensmittelzeugung.

Zu dem Artikel „Gefahr im Vergang“ in unserem Blatte vom 11. d. M. erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Steigerung der Lebensmittelzeugung im eigenen Lande ist auch unter den jetzt gegebenen Arbeitsverhältnissen und mit den vorhandenen Arbeitskräften möglich, wenn in den einzelnen Kreisen die richtige Anleitung gegeben und das Verständnis dafür geweckt würde.

Betrachten wir uns einmal die großen Hausgärten in den Landgemeinden. Diese Gärten sind fast ausnahmslos nicht bebaut. Einzelne Obstbäume, vielfach verkrüppelt und teilweise abgestorben, stehen darin und stiften ohne jede Pflege ihr kümmerliches Dasein. An den Seiten und hinten moderner Weiden, Erlen und allerhand Dornengebüsch wird durcheinander. Die liegt eine vollwertige Quelle trocken, die sofort nutzbar gemacht werden kann. Der lange Winter gibt dem Landmann Zeit, die schlechten Bäume und die Hecken aus dem Garten zu entfernen und die Gradnarbe beim gelinden Wetter umzuarbeiten. Man könnte aus diesen verwahrlosten Gärten Gemüsegärten schaffen, ohne der Obstbaumzucht zu beeinträchtigen. Bei sachgemäßer Anlage — es wird dabei an das breite Rechenstystem bei der Anpflanzung von Obstbäumen gedacht — ließe sich sogar die Obstbaumzucht noch

wesentlich erhöhen. Das gemessene Neuland würde bei richtiger Bearbeitung die Anzahl aller Gemüsearten zulassen.

Die Baumanzüchtungen an den Straßen und Wegen sind geradezu trostlos. Viele Wege sind gar nicht, andere nur teilweise und manche mit wenig nahrungsbereitenden Bäumen bepflanzt. Hier Wandel zu schaffen, ist das Gebot der Stunde. Kein Weg, keine Straße darf mit anderen als Obstbäumen bepflanzt werden. Krüppel, wie man sie jetzt an den Straßen sieht, müssen verschwinden.

Hier liegt doch ein weites Feld zur Betätigung frei, das sofort in Angriff genommen werden könnte. Die Anzeigung müßte vom Landratsamt ausgehen, jedoch nicht schriftlich, sondern es müßte dafür eine Kraft eingestellt werden, die diese Arbeiten praktisch kennt und zu leiten imstande ist. Durch mündliche Anzeigung an Ort und Stelle wäre die Durchführung ganz sicher möglich.

Ein alldeutscher Ausverkäufer.

Die Firma Carl Laurich, Friedrichstr. 16, deren Inhaber als ein begeisterter Verehrer Ludendorffs und echt-deutscher Kernpatriot bekannt ist, verkauft seine Maschinenfabrik an ein englisch-holländisches Konsortium. Zu welchem Zweck das geschieht, ist daraus ersichtlich, daß die Arbeiter der Firma bereits entlassen und ein Teil von ihnen zum Abtransport der Maschinen nach Holland angeworben worden ist. Denen man so gar die Lebensversicherung und Weiterbeschäftigung im Auslande angeboten hat. Es handelt sich hier also um einen der Verkäufe, die von rücksichtslosen Profitjägern getätigt werden und deutsche Produktionsmittel dem Auslande preisgeben, ganz unbekümmert darum, was mit den von ihnen beschäftigten Arbeitern geschieht.

Nach unseren Erkundigungen soll die Ausfuhr auf legalem Wege vor sich gehen. Trifft das wirklich zu, so wäre es doch zu verwundern, wenn die Behörden keine Mittel fänden, gegen diesen Ausverkauf vorzugehen. Handelt es sich hier doch um einen Vertrieb, welcher ausschließlich Werkzeuge für Eisenbahnwerkstätten liefert, von deren Produktionssteigerung das Wohl und Wehe der ganzen deutschen Wirtschaft abhängt. Wir erwarten bestimmt, daß der Sache nachgegangen wird und dem verübten Vandalensinn des leuchtigen Patrioten das Handwerk gelegt wird.

„Endlose Preistreiberien“.

Zu dem unter vordiehender Ueberschrift in Nr. 621 des „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel des Genossen Osterroth sendet das Reichsland eine Nichtigstellung, in der bestritten wird, daß die Vertreter der Landwirtschaft im Reichskurator die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert hätten. Es sei vielmehr nur eine entsprechende Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte gefordert worden, um diese in den Stand zu setzen, die ihr auferlegten Preissteigerungen tragen zu können. Weiter heißt die Zuschrift fest, daß die vorgenommene Preiserhöhung der Agrarprodukte in Höhe von 187 Millionen Mark den Inlandsabsatz nicht voll belasten, sondern mit 58 Millionen Mark vom Auslandsabsatz zu tragen seien. Letzteres mag stimmen. Die Behauptung aber, daß die Landwirte lediglich Preiserhöhungen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse verlangt hätten, ist unrichtig. Sowohl Herr Dietrich-Potsdam als auch der süddeutsche Reichert v. Thüngen verlangten in der Diskussion die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft. Die angenommene Entschickung ging allerdings vorsichtig um diese Frage herum, um eine Mehrheit zu finden; sie fordert aber bezeichnenderweise für die Landwirtschaft höhere Preise, „um uns von der Gefahr der im Preise immer höher steigenden ausländischen Rohstoffpreise unabhängig zu machen“. Als ob jemals höhere Rohstoffpreise höhere Kartoffelpreise zur Folge gehabt hätten.

Die „Freiheit“ benutzt den gleichen Artikel und eine diesem folgende Notiz des „Vorwärts“, um gegen die Arbeitsgemeinschaften Sturm zu laufen. Sie schüttet dabei das Salz mit dem Bode aus. Es ist ihr wohl nicht bekannt, daß gerade die Arbeitnehmervertreter der Arbeitsgemeinschaft im Steinkohlenbergbau wiederholt viel weitergehende Preisforderungen der Beschäftigten vorgebracht haben, so daß wir gerade bei diesem wichtigsten Rohstoff die niedrigsten Preise in der ganzen Reproduktion haben.

R. O.

Ein „deutscher“ Lumpazifus.

Das in Reg. erscheinende „Freie Journal“ veröffentlicht in einer seiner jüngsten Ausgaben folgende Anzeige:

Getreidehändler wünscht weiches Abfah von Weizen, Roggen, Hafer nach Frankreich oder Ostpreußen mit geeigneten Firmen, welche über Autotransportmittel verfügen, in Verbindung zu treten. Angebote evtl. persönlich Schwidlersch, Kurlinburg 124. (Reg. Trier).

Dieser ehrenwerte Propagandist hat nicht einmal soviel Schamgefühl, seine laubereiche Geschäftigkeit in diesem Raum zu zeigen, daß die Verhinderung deutschen Getreides ins Ausland matter Landesverrat ist. Selbst die feindlichen Verlagsorgane haben neuerdings wegen dieser Getreideverhinderung scharfe Verordnungen erlassen, weil dadurch die Ernährung der Bevölkerung im besetzten Gebiet in steigendem Maße gefährdet wird. Wo der Schwidlersch wohnt, in Kurlinburg, ist die Gabel am Schwidlersch.

Die Tochter als Valutaspekulation.

Daß Deutschland durch kapitalträchtige Angehörige des neutralen und feindlichen Auslands allmählich von Waren angekaufte wird, ist keine Neuerscheinung mehr. Ein eigenes Kapitel zu dem Geschäftsgang ausländischer Valutaspekulationen bietet der Verkauf deutscher Männer für ausländisches Geld zu kaufen und zu exportieren. Diefür folgendes vielgelagerte Beispiel:

Die Angehörigen eines jungen Mädchens im neutralen Ausland bemühen sich zurzeit unaufhörlich, in Deutschland einen Mann für sie zu finden, um die günstige Konjunktur auszunutzen. Die junge Dame besitzt ungefähr 25 000 Francs Wagnis, nach heuligen Verhältnissen also eine für bürgerliche Kreise ziemlich beträchtliche Summe, die jedoch in Mark umgerechnet zurzeit etwa 150 000 Mark ergibt. Infolgedessen forderte die eble Mutter deutsche Angehörige niederholt auf, möglichst schnell — der Preis sei gleichgültig! — eine Heirat anzuheben in deutsche Wälder zu gehen. Folgender Tag ihres Briefes ist besonders charakteristisch:

„Ich wollte Dich nun bitten, es sofort zu tun, da man doch nicht weiß, wie der Kurs steigt, und es für uns doch unter Umständen eine große Summe ausmachen würde.“

Dieses kapitalistische Mädel, die Tochter auf diese Weise zu veräulen, ist zwar moralisch nicht ganz einwandfrei, als Spekulation aber jedenfalls ein glänzend ausgebildetes Geschäft. Da durch derartige Spekulationen der Kurs der deutschen Valuta noch mehr beeinträchtigt werden dürfte, sei die Regierung darauf hingewiesen, Ein- und Ausfuhr Heiratslustiger auf steuerpflichtiges Vermögen hin scharf zu kontrollieren.

Kleine politische Nachrichten.

Der Steueranfaß der Nationalversammlung nahm am Mittwoch vormittag den § 568 der Reichssteuergesetzgebung unter Ablehnung der Regierungsvorlage in Form des Antrages Plunck an, wonach die erstmalige Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 nach dem Einkommen des Jahres 1920 oder nach dem Jahr berechnet wird, dessen Ende in das Kalenderjahr 1920 fällt. Die nächste Ausfertigung findet nach der Weihnachtspause statt.

Der Untersuchungsausschuß. In der Dienstagssitzung beschloß der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die mündlichen Vernehmungen in der dritten Woche des Januar wiederanzunehmen. Nach Abklärung von Unstimmigkeiten, die sich aus den bisher erfolgten Aussagen ergaben, wird die Wilson-Aktion zu Ende geführt werden; im Anschluß daran sollen die Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 zur Behandlung kommen.

Die Trennung von Kirche und Schule in Sachsen soll vom 1. April 1921 ab durchgeführt werden. Der Kultusminister Dr. Seiffert teilte ferner gestern in der Kammer mit, daß das Schulwesen umgestaltet werden solle. Die Regierung empfiehlt der Kammer, die Gemeinschaftsschule allgemein einzuführen mit getrenntem Religionsunterricht. Die Zahl der höheren Schulen soll vermindert, die Seminare in höhere Schulen umgewandelt werden.

Hauptmanns „Pippa“.

Der Eindruck, den Hauptmanns Gluckhüttenmärchen in der Neuaufführung des Deutschen Theaters, etwa anderthalb Jahrzehnte nach seinem ersten Erscheinen auf der Bühne Otto Brahm's, hervorrief, war wesentlich der gleiche wie damals. In einzelnen Zügen weist innig zarte Märchenpoesie, die, durch gute Darstellung vermittelt, den Hörer erwartungsvoll anhörten läßt. Fernwilde auf Menschentat und Menschentreiben scheinen sich da aufzutun. Aber diese Züge reihen wieder ab und zerflattern im Wind. Allerhand willkürliches Fabelwerk drängt sich geräuschlos dazwischen und gibt Rätsel auf, die sich dem Nachsinner entziehen. Gewiß läßt jedes dichterische Phantasiebild vielerlei Beziehungen anknüpfen, die das Denken nicht fixieren kann, und gerade in der Fülle des Unerklärlichen liegt ein großer Teil des poetischen Reizes, aber das Dunkel, in seinen Einzelheiten der Regierbarkeit sich Entziehende, muß auf den Sinn mit dem Gefühl der Fülle der inneren Kongruenz wirken. Und daran fehlt es hier; man hat die Empfindung, als ob der Schöpfer selbst in seinem eigenen Bau nicht recht zu Hause sei, als regiere allseits der Zufall wechselnder Einfälle. Ein gewaltiger himmlischer Abstand liegt zwischen dieser Märchenbildung und den untergeordnet schönen Hannelore-Szenen, in denen Märchenfabel aus trüber säuberer Wirklichkeit wunderbar hervorleuchtet, in denen die Hannelore eine arme Kindesseele die tiefe Glückseligkeit getreuer menschlicher Natur sich übermäßig ausdrückt. Und auch in der „Verlustenen Glocke“, soweit sie hinter den Unfall und Größe von „Hannelore“ zurückbleibt, geht durch alle Puncte der Bilder und der Andeutungen ein menschlich starkes, klar erkanntes Grundmotiv: der Zustand in des Gluckhütters Seele zwischen Hartenwilleins lodender Naturmacht und der mahnenden Erinnerung an die opfervolle Liebe seines treuen, schätzten Weibes. Indessen, Pippa, das aus dem Gluckhütten geborene langweilige Fabelwesen, der ungeschickte alte Waldriese Huhn, der sie entführt, der weise, verstandene Astronom, der sie und ihren Wandergefährten, den verträumten romantischen Dandylengespinnnen Michel Bellrege, im Schneesturm bei sich aufnimmt, sind Schablonen, die kein lebendiges Pulschlag mehr besitzen. Allegorien, die nur durch das, was sie bedeuten wollen, interessieren können, und doch in ihrem Sinn vielfach unklar bleiben. Auch der treuezeitige Michel, der in aller Not beglückt, immer neue nennenswerte Schönheitswunder hofft, so plastisch in manchen Wendungen gefaßt, erhält sein Los am Schluss von einem solchen allegorischen Spiele quiblet. Als Pippa stirbt, muß er sein Augenlicht verlieren, ein blinder Seher innerer Sehnsüchtlingsbilder, als Wellen seine Straße weiterziehen.

Die von Felix Holländer inszenierte Aufführung ging fehl. Die Intentionen des Verfassers nach Hermann Salvia war ein prächtiger Märchen, ein lebendiges Märchenbuch, der in seiner kindlich verständigen Weltanschauung die Herzen rauch gewonnen. Man hätte ihm ein besseres Schicksal wünschen mögen. . . . Die Fabelwelt der Pippa verlor natürlich sehr glücklich das Fremdartige, Un-

wirkliche durch puppenhafte Bewegung beim Tanzen. Die elementarisch ungezähmte Wildheit des alten Huhn unterließ durch Janinings, der abgeklärte Friede des astronomischen Himmelsforschers durch Wöllner charakteristischen Ausdruck. Starke Verfall rief die Schauspieler und den anwesenden Dichter vor den Vorhang.

„Großes“ deutsche Künstler. Die Maler der neuesten Richtung lieben es, zuweilen an die Ausdrucksformen primitiver Kunst anzuknüpfen. Raude Bauernmalereien, Aberglaubenszeichnungen und vor allem Regerskulpturen haben ihnen mannigfache Anregungen gegeben. Aber nicht nur die Kunst, sondern auch das Leben der Naturvölker zieht sie an. Nach den Pa'u-Anseln der fernem Südsee pilgerie Max Beckstein, aber der Krieg führte ihn, auf abenteuerlichen Fahrten, ins Vaterland zurück, und jetzt bringt er die sommerlichen Studienmonate wieder in seinem geliebten Nidda auf der kurischen Heide, wo zwar keine Ra'anen, aber doch auch endlich primitive Menschen wohnen. Die künstlerische Aube des letzten Jahres ist bei Gurlitt, Potsdamer Straße 113 zu sehen. Leider zeigt sie, daß Becksteins Entwicklung neuerdings weniger in die Tiefe als ins Breite und Breite geht. Er ist gefällig, allzu gefällig in der Form und namentlich in den Farben geworden. Diese Gemälde enthalten weniger Ausdrucks elementaren Gefühle, als schmelzende Werte. Aber immerhin wirkt die ursprüngliche Kraft des Zeichners noch immer so stark, daß auch das Dekorative bei ihm einen monumentalen Charakter erhält. — Wodurch und erüber erhebt die Kunst Schmidt-Rottluff's, von dem die Galerie Müller, Potsdamer Str. 134, eine Sonderausstellung zeigt. Auch er hat von großem Kunstentscheidende Anregungen erfahren. Die düstere Blut afrikanischer Masken schwebt und kunkelt in seinen malerischen Bildern, deren breite Farbenflächen von der schlichten und kernigen Strenge holzschittorischer Konturen zusammengehalten werden. Alles zeugt von einer echten, unwillkürlichen Leidenschaft der Empfindung, die, nach dem Aufbruch auf überkommene Schönheitsgesetze und die Ansprüche herrschender Geschmacksrichtungen kennt. Die dem feinsten und schwerfälligen Künstler wird es nicht leicht werden, sich beim großen Publikum durchzusetzen. Verbarri er aber auf seinem Wege, dann darf man von seinem Schaffen das Beste erwarten.

Der waren die Vorfahren der Germanen? Die in neuester Zeit viel behandelte Frage nach den Vorfahren der Germanen untersucht der schwedische Prähistoriker Oskar Montelius in einer Abhandlung der Prehistorie für Gustaf Rossina. Die Eisbede, unter der der ganze skandinavische Norden sowie Frankreich und Mitteleuropa während der letzten Eiszeit lagen, begann sich mit dem Anfang der sogenannten Aurignacperiode nach Norden zurückzuziehen. Da dieser Rückzug des Eises verhältnismäßig rasch vor sich ging, so hat sich auch bald der Mensch im skandinavischen Norden angesiedelt. Diese ersten Menschen Skandinaviens, deren Einwanderung man auf Grund der geologischen Verhältnisse vor ungefähr 15 000 Jahren ansetzen kann, müssen die Vorfahren der Germanen gewesen sein, die dann von ihrer ursprünglichen Siedlungsstätte

aus weiter südwärts zogen. Diese Vorfahren der Germanen gehörten einer dolichocephalen (langköpfigen) Rasse an, die unter dem Namen Cro-Magnon-Rasse bekannt ist. Aus dem älteren Steinalter hat man in Skandinavien einige Skelette dieser Rasse gefunden, und während des jüngeren Steinalters gehörten ihr, besonders in Schweden, die größte Zahl seiner Bewohner an.

Nach der Ansicht von Montelius spricht alles dafür, daß die Schweden von jenen Menschen abstammen, die nach dem Ende der Eiszeit von Mitteleuropa nach dem Norden eingewandert sind. Zwar befanden sich dort bereits während des jüngeren Steinalters Dolichocephale (Breitköpfige) neben den Dolichocephalen; sie gehörten zu denen, die am Ende der paläolithischen Zeit sowohl hier im Norden wie in Mitteleuropa sich zu zeigen begannen. Ihre Zahl ist aber eine bedeutend geringere in den skandinavischen Landschaften nördlich von Schweden, als in letzterem und in Dänemark, und bis zu unseren Tagen hat sich die dolichocephale Rasse auf der skandinavischen Halbinsel ungeschwächt rein erhalten, trotz der vielen Jahrtausende, die seit ihrer Einwanderung verlossen sind. Da die Dolichocephalen, die sich in Frankreich befanden, nach dem Eindringen der Brochocephalen während langer Zeiten sich mit diesen vermischt haben, sind die Völker der skandinavischen Halbinsel wohl die reinsten jetzt lebenden Nachkommen der Cro-Magnon-Rasse, die am Ende der Eiszeit in Mitteleuropa lebte. Aus dieser einseitigen Vorfahrenrasse entwickelten sich dann durch spätere Differenzierung die Einwohner Englands und Frankreichs zu Rassen, die des skandinavischen Gebietes und Norddeutschlands zu Germanen und die gewisser östlicher Gegenden zu Slawen.

Das Zeitalter der Theaterfeste. Die allgemeine Erregung, die alle Gesellschaftsklassen erfüllt, löst sich neuerdings besonders im Theater, wo ja das Publikum sich schon seitwärts in gesteigerten Zuständen befindet, aus in leidenschaftlichen Demonstrationen. Zurzeit überwiegt der nationalstische Einschlag. Den Vorkämpfern in unserm Schauspielhaus, das sonst unter der Devise stand: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, sind große Kabauaufführungen zu München anlässlich der Aufführung von Bebel's „Schloß Wetterstein“ gefolgt. Die Schauspieler wurden in der zweiten Vorstellung am Wehrspiel verhandelt; vom Polizeipräsident wurde ein Verbot des Stückes verlangt. Die Erregung ist international; bekanntlich wurde auch in Paris und New York der Kampf gegen nichtstübe (deutsche) Theaterstücke in brutalster Form im Zuschauerraum ausgefochten.

Im Deutschen Monistenbund findet Freitag, abends 7 Uhr im 24. zum Klub, Büchergasse 8, der Verklus von Prof. Dr. Kistner über „Soziale Anzeichen der Zeiten und Menschen“ statt. „Soziale Anzeichen“ (7-8 Uhr) zu Pommerschen haben die Studentenleiter Dr. Walzer und Blahit — Charakteristik, Natur, 159 — einverleibt. Den Teilnehmern soll Gelegenes mitgelesen werden, durch Studium nach der Natur (Vorläuf. Nr. 10) unter linkslicher Leitung ihre irdischen irdischen weiter anzubilden. Kurs für Grabit, Kade, und Adelszeichen, sowie ein anatomischer Sonntagkurs mit Vorarbeiten. Für Anländer bereit eine Wohlfühl, Godegabe erhalten Unterrichtung zur Arrivellen.

Die Fänge des Werner Albers, die in Berlin aufbewahrt werden, müssen nicht, wie es hier, schon in diesem Monat an Belgien ausgeliefert werden. Die Publikation hat binnen sechs Monaten nach Ratifikation des Friedens zu geschehen, der Friede aber ist noch nicht ratifiziert.

Beschäftigung Schwerbeschädigter. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter zugegangen.

Jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, ist verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz in gleichem Maße geeignet ist, anderen Bewerber vorzuziehen.

Die Durchführung dieses Gesetzes hat so zu erfolgen, daß die Schwerbeschädigten zunächst ihrem alten Beruf erhalten werden, und daß eine unverhältnismäßige starke Belastung einzelner Berufsgruppen oder einzelner Arbeitgeber vermieden wird. Schwerbeschädigte dürfen nur mit einer Kündigungskfrist von vier Wochen entlassen werden, sofern nicht durch Gesetz oder Vertrag eine längere Frist vorgeschrieben ist. Jede Kündigung, die gegen einen Schwerbeschädigten ausgesprochen wird, ist der Hauptfürsorgebehörde, jede Kündigung, die gegen einen Schwerbeschädigten sich richtet, der Berufsgenossenschaft anzuzeigen.

Angestelltenstreik. Seit Dienstag nachmittags 3 Uhr streiken sämtliche Angestellte der großen und mittleren Geschäfte in Dortmund.

Die Notlage der staatlichen Hilfskräfte. Uns gehen fortgesetzt bittere Klagen der unteren Staatsangestellten über ihr wahrhaft kümmerliches Einkommen zu. Das Reichsarbeitsamt würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es eine Neuregelung der Gehälter herbeiführen würde.

Parteipolitische Beeinflussung der Schüler wird den Lehrern durch eine Verfügung des Kultusministers Haenisch untersagt. Die Schüler sollen sich in der Schule aller politischen Absichten, Betätigungen und Herausforderungen enthalten.

Das Umsatzsteuergesetz.

Deutsche Nationalversammlung, 131. Sitzung.
Mittwoch den 17. Dezember 1919, 10 Uhr.

Regierungsvorschlag: Erzberger, Koch.
Eingegangen ist ein Gesetz über die einheitliche Regelung der Besteuerungsangelegenheiten, ferner Gesetzentwürfe über das Glücksspiel. Ein Telegramm des Volksrats Thüringen spricht den Wunsch nach einer deutschen Einheitsrepublik aus.

Das Umsatzsteuergesetz.

Abg. Eichhorn (U. Soz.): Gestern fand ein Verkauf der Parteien statt. (Die Köpfe der Rechten verlassen den Saal.) Alle haben das Gesetz beurteilt, aber sich schließlich doch dafür erklärt. Wir sind grundsätzliche Gegner der Vorlage, weil wir jede Verbrauchsabgabe ablehnen. Wer nicht zu den bestehenden Steuern, zu den Kriegsgewinnern gehört, kann sich nichts mehr anschaffen, sondern muß seinen ganzen Verdienst anwenden, um das Leben zu fristen. Wir stehen einer Zugsteuer stets feindselig gegenüber. Es gibt keine Seite in der Vorlage, die die Steuer nur einigermaßen annehmbar machen könnte. (Beifall bei den U. Soz.)

§ 1 wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Nach § 2 sind von der Besteuerung ausgenommen: 1. Umsätze aus dem Ausland, 2. Kreditgewährung und Umsätze von Geldforderungen, 3. Umsätze von Edelmetallen außerhalb des Kleinhandels, 4. Verpachtungen und Vermietungen von Grundstücken, 5. Beförderungen im Sinne des Gesetzes über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs, 6., 7. und 8. Umsätze, Leistungen und Versicherungen nach dem Reichsteuergesetz, 9. Weherbergung, Beköstigung und die üblichen Naturalleistungen, die ein Unternehmer Angestellten und Arbeitern als Vergütung gewährt.

Abg. Philipp (Dnat. Sp.) erklärt sich im allgemeinen mit den Bestimmungen einverstanden.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Dreckschleuder!

Im lokalen Teil der „Deutschen Tageszeitung“ (Nr. 628) lesen wir folgenden netten Beitrag zur Geschehenskultur der „Edelsten der Nation“:

Der Schupp Patron der ostjüdischen Einmännerer, der Herr Minister des Innern, der in seinem Erlaß vom 1. November d. J. sich seiner Freunde aus dem Orient so warmherzig annimmt und ihnen bei und das Welt bereitet, wird seine helle Freude haben an den Berliner Stadtvätern, die in ihrer letzten Sitzung wieder einer stattlichen Reihe jüdischer Personen das Bürgerrecht verliehen haben. Vollwertige Berliner Bürger sind fortan: Delar Karik, Gulasch Zeit, Kurt Korn, Max Wagenbaum, Kurt Rosenfeld, Karl Edel, Siegfried Reich, Adolf Rosenberger, Chai Glensberg, Abraham Blodinger, Abraham Lifschitz, Kaspar Schweizer, Markus Meiseles.

Ist das die „Vollbürgerlichkeit im allergrößten Maße“, die Herr Berg in seiner letzten großen Rede im Preußenparlament forderte? Wir halten das für die antisemitische Dreckschleuder deutscher nationaler Gassenjungen.

Aufgeklärter Raubmordversuch.

Ein schändliches Verbrechen am hellen Tage ist von der Kriminalpolizei aufgeklärt. Am Montag, den 8. Dezember, erschienen in dem Mevnerschen Zweiggeschäft in der Hoppenstraße 30 zwei Männer, die einige Zigaretten verlangten. Während die Filialleiterin, Frau Kustermann, ihnen Verschiedenes vorlegte, fiel einer der beiden Kunden plötzlich über sie her, während der andere von innen die Ladentür abschloß. Die Kunden hatten es von vornherein auf einen Überfall abgesehen und sich durch Verschließen der Tür gegen Überwachungen geschützt. Sie packten die Frau am Hals, brachten ihr erhebliche Kratzenwunden bei, während sie sich zur Wehr setzte, warfen sie zu Boden, Insekten und fesselten sie, so daß sie hilflos dafam. Jetzt wandten sich die Räuber den Vorräten zu, rissen mehrere Packen Zigaretten und Zigarren an sich, herausgab noch die Wechselkassette ihres Inhalts von 1 M., und verschwanden dann, indem sie auch noch einen schwarzen Aktrandenmantel der Überfallenen mitnahmen. Frau Kustermann gelang es zum Glück mit vieler Mühe, den Raubler auszuspüren, so daß sie vor dem Erstickungstode gerettet wurde. Man hatte beobachtet, daß mit den beiden „Kunden“ auch noch ein dritter Mann davongegangen war.

Ein Anhalt für die Täterrolle war zunächst nicht vorhanden. Kriminalkommissar des Raubvergnahms beim Polizeipräsidium fanden jedoch noch und nach bestimmter Spuren, und jeßten gelang es ihnen, einen der Täter zu entdecken und festzunehmen. Es ist ein aus Treutin gebürtiger 21 Jahre alter Unteroffizier Julius Konas, der sich wohnungslos in Berlin umhertreibt. Der Verdächtige wollte zunächst von der Tat nichts wissen, wurde jedoch von der Überfallenen bestimmt wiedererkannt und letzte jetzt auch ein Geständnis ab. Er behauptet, daß er den Valtikumiruppen angehört und in Berlin zwei Männer kennen gelernt habe, von denen der eine Fritz und der andere Erich gerufen worden sei. Weiter könne er sie nicht. Diese beiden hätten ihn auf die Gelebenszeit aufmerksam gemacht, sich in der Filiale von Mevner durch einen Überfall auf die Verkaufserlöse Geld zu verschaffen. Er sei mit ihm in den Laden hineingegangen, der andere habe draußen aufgepaßt. Diese beiden Mörder sind noch nicht ermittelt. Ob

die Angaben, die der Verhaftete über seine Person macht, momentlich, ob er bei den Valtikumiruppen gewesen ist, stimmen, bedarf noch weiterer Nachprüfung. Er wurde einstweilen dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Massenfälschungen von Zigarettenbanderolen.

Ein hiesiger Zigarettenhändler, dem gefälschte Bänderolen zum Kauf angeboten wurden, benachrichtigte die Steuerbehörde, und diese setzte sich mit dem Landespolizeiamt in Verbindung, um der Verkäufer habhaft zu werden. Während ein Steuerbeamter in einer Wirtshaus in der Schmidtstraße als „Käufer“ auftrat und mit den Händlern Preise vereinbarte, drangen Beamte des Landespolizeiamts ein und nahmen die Händler fest. Zweitausend Bogen zu 10 Stück gefälschte Bänderolen fielen ihnen in die Hände. Weil sie sich bei den Verhafteten schon in vierter Hand befanden, so waren die weiteren Ermittlungen nach dem Ursprunge um so schwieriger, als, wie stets in solchen Fällen, bei den Beteiligten wieder der große „Unbekannte“ eine wichtige Rolle spielte. Doch gelang es endlich durch eingehendes Kreuzverhör, die Kette der Käufer und Verkäufer bis hinauf zum Verfertiger der Bänderolen zu verfolgen und festzustellen, daß der Verfertiger ein Buchbinderladen in der Jablonstraße 20 war. Hier hatte ein Drucker aus der Preussinger Allee den Ledeneigentümer, der von früher her eine Ziegelwerkstatt und eine Schneidmaschine besaß, durch Versprechen eines Verdienstes von 400 M. für 1000 Bogen, dazu bestimmt, das Drucken der Bänderolen auf seinen Maschinen zu erlauben. Die Platte war durch Vermittlung eines Selbstverfertigers der Drucker von einem Dritten für 1200 M. besorgt worden. Dieser will sie in einer Wirtshaus in der Weinmeisterstraße von einem „Unbekannten“ gekauft haben.

Welchen Umfang das Fälschungsgeschäft hatte und welchen Schaden der Staat durch eine solche Räuberbande erleidet, läßt sich aus einer Neuerung eines der mitbeteiligten Beträgers erfahren. Er erklärte bei den Verhandlungen mit dem verköpften Steuerbeamten auf Befragen, er könne wesentlich 40 000 bis 50 000 Bänderolen beschaffen. Die fünf Haupttäter wurden festgenommen und wegen Verdunflungsgefahr und Fluchtversuch dem zuständigen Gericht vorgeführt.

48stündige Gasthandssperre?

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, wird die im „Wirtsgarten“ tagende Versammlung der Unternehmer im Gastwirtschaftszweige beschließen, daß morgen und übermorgen zum Frühstück gegen die Verordnung über den Schließhandel, deren Rücknahme nach dem Verlauf der Verhandlungen nicht zu erwarten ist, sämtliche Gastwirtschaften zu schließen sind.

Die Weihnachtsferien der Berliner Gemeindeschulen sollen diesmal vom 19. Dezember bis zum 20. Januar dauern.

Keine Räumung ohne andere Wohnung. Die Räumung einer Wohnung muß neuerdings vom Gerichtsvollzieher vorher einer Dienststelle mitgeteilt werden, die von der zuständigen Polizei- oder Gemeindebehörde dafür bestimmt ist. Die Stelle soll so in den Stand gesetzt werden, dem Mieter ein anderweitiges Unterkommen anzuweisen. Die Anzeige ist aber wiederholt so spät, manchmal sogar erst am Tage der Zwangsvollstreckung selbst, erstattet worden, daß nicht mehr genügend Zeit blieb, den Mieter anderswo unterzubringen. Um derartige Mißstände zu vermeiden, hat der Justizminister jetzt bestimmt, daß die Gerichtsvollzieher die Benachrichtigung der zuständigen Dienststelle sofort nach Eingang des Vollstreckungsauftrages bewirken. Dabei soll auch, wenn irgend möglich, die vorausschätzliche Zeit der Ausführung des Vollstreckungsauftrages mitgeteilt werden. Von dieser Anordnung darf nur abgesehen werden, wenn zwingende Gründe entgegenstehen.

„Goldene“ Waise. Die Gebühren für Telegramme nach dem Ausland werden am 1. Januar erhöht. Die den Vorkriegsgebühren zugrundeliegenden Frankensätze werden nach dem Satz 1 Frank = 3,40 M. umgerechnet. In Europa kostet dann das Wort nach Luxemburg 10 Pf., Deutschösterreich und der Tschechoslowakischen Republik 20 Pf., den Niederlanden und der Schweiz 40 Pf., Belgien und Dänemark 50 Pf., Frankreich, Polen und Schweden 60 Pf., Norwegen 70 Pf., Italien, Jugoslawien und Ungarn 75 Pf., Finnland 85 Pf., Großbritannien 1,05 M., Griechenland 1,25 M., Island 1,55 M., Spanien 1,85 M., Island und Portugal 2 M. usw. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika kostet das Wort 5,00 M. bis 14,80 M., nach Argentinien 11,75 M., Brasilien im allgemeinen 16,50 M., Mexiko 7,80 M. bis 11,40 M., Peru 11,75 M. bis 16 M., in Asien nach Japan 15,35 M., China 16,50 M., Palästina 5,95 M., Persien 14,05 M., nach Australien zwischen 13 und 21 M. usw.

Gründe zum Einkehlung in die Reichswehr sind nicht an das Reichswehrministerium, sondern unmittelbar an einen Reichswehrtruppenteil oder an ein Wehrkreiskommando zu richten.

Von England heimgekehrte Kriegserkrankene haben ihre Ansprüche für noch erscheinende Arbeitsplätze nicht an die Zweigstelle Generaldirektion Berlin, sondern ausschließlich den zuständigen Verordnungsstellen (früher Postkommandos) einzureichen, die für die Weiterleitung entsprechende Anweisung erhalten haben.

Empfänger von Militär-Verordnungsgebühren (Pensions-, Renten- und Hinterbliebenenbezügen) werden an die päpstliche Abholung ihrer Gebührenscheine am kommenden Hauptabgabe- 29. Dezember - erinnert. Empfänger, die zur Abholung am Hauptabgabe nicht in der Lage sind, werden dispensiert, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Häufigkeitsmonat - Monat Januar - abzurufen.

Die Führungen in der Nationalgalerie finden im alten Gebäude der Nationalgalerie jeden Dienstag und Mittwoch um 12 Uhr, im Kronprinzenpalast jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend statt. In den Sonntagen können wegen des großen Andranges Führungen nur vor den öffentlichen Besuchsstunden für Vereine unter vorheriger Vereinbarung stattfinden.

Die ursprünglich angegebenen Zeiten waren nicht richtig.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wurstwaren. 250 Gramm Rindfleisch (105).
Wurstwaren. 1000 Gr. Rindfleisch (105), 150 Gramm Pöschel (105), 150 Gr. Reis (106), 250 Gr. a. d. R. Roggenmehl (H 27). Für Jugendliche 150 Gr. Sago (47).
Friedrichshof. 200 Gramm Suppe (16).

Jugendveranstaltungen.

Heute abend 7 Uhr Volkerversammlung der jugendlichen Betriebsvertrauensleute und Schlichter im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Treppen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Im Wirtschaftskursus der Handelshochschule Berlin über China kann der für Donnerstag angeordnete Vortrag über „Vertriebswesen“ nicht stattfinden. — Arbeiter-Zeitung. Abt. Schönbach (19) Donnerstag 7, Uhr, Abt. Schönbach 19 bei Rindfleisch. Unterrichtslokal. Gäste willkommen. — Deutscher Wanderverband. Freitag 7 Uhr im Pazarumklub, Adlonplatz 8: Vortragsabend von Prof. Dr. Nikolai. Thema: „Soziale Zustände der Armen und Menschen“. — Verband märkischer Wanderverbände. Zum 100. Geburtstag Tacoborn Romanes findet Sonntag, den 28. Dez., vorm. 11 Uhr, in der „Urania“, Lindenstraße, eine Gedächtnisfeier statt. Prof. Dr. Ellguth spricht über „Das Leben und Wüten Romanes“. Prof. Dr. Ellguth vom Berliner Schauspielhaus bringt Altromanen Romanes und Herz Schönbach von Berlin wird in einem Vortrag vorrotung mit Romanes durch die Welt wandern. — Eintrittskarten zu 1, 2, 3, 4 u. 5 M. sind durch Herrn Gerbert Nollenbaum, Reinhold, Kuller-Friedrich-Str. 60 (Berliner Wäandlung 167), ferner durch die Idealisten vom Götze & Hof, Berlin und der „Urania“ zu beziehen. — Weihnachtsabend der Wilmersdorfer Volkshochschule Sonntag, abends 7 Uhr, in der Aula der Secidenschule, Nikolaiburger Platz.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Betriebsorganisation.

Die am 8. d. M. in der Gewerkschaftskommission begonnene Diskussion über das Thema: Berufsorganisation, Industrieverband, Betriebsorganisation wurde am Dienstag fortgesetzt. Der Ausschuss hat die beiden in der vorigen Versammlung eingebrachten Resolutionen zu einer neuen Resolution bearbeitet, die insofern einen Mittelweg zwischen beiden einschlägt, als sie nicht den Ausschluß der Betriebsorganisation propagiert, sondern nur sagt, daß dieselben nicht Mitglieder der freien Gewerkschaften sein können.

Rittel (Holzarbeiter) vertritt die Auffassung, daß auch diese Forderung der Resolution zu weit gehe. Die Gewerkschaften sollten das Zusammenarbeiten nur mit solchen Elementen ablehnen, die sich auf die Seite des Unternehmertums stellen, aber wegen der Jugendliebe zu einer anderen die Interessen der Arbeiter vertretenden Organisation, solle man nicht die Zusammenarbeit ablehnen. Rittel brachte eine Resolution ein, welche in der Hauptsache sagt, die Anerkennung des Kämpfgedankens und der Kämpforganisation sei die Voraussetzung zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront. Die Entwicklung der Gewerkschaften zu leistungsfähigen Industriebänden seien zu unterstützen. Nicht der Ausschluß Andersdenkender, sondern die Aufnahme des Kampfes gegen alle Institutionen der kapitalistischen Ordnung sei die beste Waffe zur Herstellung der Einheitsfront.

Diese Resolution wurde auch von Jiska (Metallarbeiter) befürwortet. — Im übrigen hatte die ausgedehnte Debatte einen im wesentlichen theoretischen Charakter. Im allgemeinen traten die meisten Redner für die Schaffung von Industrie- und Betriebsverbänden, als der leistungsfähigsten Organisationsform ein. Einzeln Redner, so die Vertreterin der Hausangestellten und der Vertreter der Kasser warfen dagegen die Frage auf, in welche Industriegruppen denn ihre Berufs eingereiht werden könnten, und ob für diese, sowie für andere kleine Berufe nicht die Berufsorganisation die beste Form sei. Weiter wurde auch die Frage diskutiert, ob und wie weit sich die Gewerkschaften politisch zu betätigen haben. Die Betriebsorganisation fand keinen Befürworter.

Die Resolution Rittel kam im Einverständnis mit dem Antragsteller nicht zur Abstimmung. Sie wurde dem Ausschuss überwiesen als Material für die nächste Versammlung, die das Betriebssteuergesetz und in Verbindung damit den Kämpfgedanken behandeln wird.

Die Resolution des Ausschusses wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Sie lautet:

Ausgehend von dem Gedanken, daß es gilt, gegen den Kapitalismus die geschlossene Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten zu erhalten und zu stärken, erklärt die Berliner Gewerkschaftskommission, daß sie in den Betrachungen zur Gründung von sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, Anstalten- und Kassenverbänden eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft Groß-Berlins erblickt.

Sie fordert die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Umbildung der einzelnen Organisationen zu Industrie- oder Betriebsverbänden einzutreten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt, daß alle diejenigen, die der sogenannten revolutionären Betriebsorganisation, den Angestellten- oder Kassenverbänden anhängen oder die Idee desselben propagieren, sich außerhalb der Reihen derjenigen stellen, die auf der Grundlage der Industriekörperverbände lamprichtige Organisationen für die Arbeiter und Angestellten schaffen wollen.

Der Mitglied einer der genannten Organisationen ist über Bestrebungen zu deren Gründung unterrichtet, kann nicht Mitglied der freien Gewerkschaften sein.

Ritter leitete mit der Ausschuss habe sich wegen der von den Landwirten verlangten Abfertigungsprämien, die eine wesentliche Preisverhöhung für Kartoffeln und Brotweizen bedeuten, an die Regierung gewandt und die Forderung einer Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister erhalten. Der Tag der Unterredung sei noch nicht festgesetzt. Es sei zu befürchten, daß der Wirtschaftsausschuss der Nationalversammlung, ehe die Unterredung mit dem Minister stattgefunden habe, den Antrag der Landwirte unterstützen werde, die damit einseitig angenommen sein würde. Das bedeute eine Verteuerung des Brotes um 80 Pf. und der Kartoffeln um das Doppelte des jetzigen Preises.

Rittel bemerkte hierzu, die Regierung wolle nicht, den Landwirten ein Längchen aufzuspielen, aus Angst, von ihnen hinweggeführt zu werden. Die Verteuerung der Lebensmittel und die gleichzeitige Erhöhung der Steuern zwinge die Arbeiter, eine Erhöhung ihrer Löhne durchzusetzen. Unter diesen Umständen müsse man den Gewerkschaften empfehlen, sich von den Tarifverträgen loszusagen, damit sie jederzeit freie Hand für Lohnforderungen haben. Wenn die jetzige Regierung keine bessere Wirtschaftspolitik machen könne als die verflozene Kriegsregierung, dann müsse sie gehen.

Jiska warnte vor dem Bruch der Tarife, denn dadurch würde ja auch den Unternehmern freie Hand geboten werden zur Verschlechterung der Löhne.

Die nachfolgenden Redner verurteilten mit großer Schärfe die Lebensmittelverteuerung, für die sie die Regierung verantwortlich machten. Besonders wurde auch die Politik des Ernährungsministers als Begünstigung des fortwährenden Steigens der Lebensmittelpreise bezeichnet.

Einstimmig wurde beschlossen:

Die Gewerkschaftskommission verlangt von der Regierung, daß das Anfinnen der Landwirte händig abgewiesen wird. Wenn die Regierung dazu aufhetzt, soll die Gewerkschaftskommission an die gesamte organisierte Arbeiterschaft appellieren und sie zur Selbsthilfe auffordern.

Ferner wird eine entsprechende Erhöhung der öffentlichen Lebensmittelunterstützung gefordert.

Zum Streit in den Berliner Dampfwaschanstalten.

Die öffentliche Meinung wird von den Dampfwaschanstaltenbestreibern fortwährend irreführt. In großen Plakatsäulenankündigungen werden die Arbeitswilligen zur Arbeit aufgefordert. Letztlich gegen die Firmen, die den Schiedsspruch des Gewerbegerichts vom 5. Dezember anerkannt haben, wird in härtester Weise ausgeübt. Es wird den Wäandereibaren nicht gelingen. Das Vorgehen dieser Herren spricht allen modernen Ansichten geradezu Hohn. Wir stellen nochmals fest: Der Schiedsspruch beim Schlichtungsausschuss ist am 5. Dezember abends. Die Arbeitgeber gaben die Erklärung ab, daß sie bis 11. Dezember mittags 12 Uhr, eine Neuerung über Annahme oder Ablehnung von sich geben wollten. Bereits am 5. Dezember morgens wurde jedoch ein gedrucktes Zirkular vom Vorsitzenden des Wäandereibverbandes, Kurt Werthmann, an die Arbeitgeber verschickt, in dem es heißt: „Der Schiedsspruch ist selbstverständlich abgelehnt worden.“ Wir stellen also fest, daß die Arbeitgeber unehrliches Spiel in dieser Angelegenheit getrieben haben. Wir stellen weiter fest, daß die Arbeitgeber bei ihrer Erklärung am 5. Dezember gelogen haben. Eine am 16. Dezember in Wäandereibbeständen tagende, von 1500 Personen besuchte Versammlung stellt einstimmig fest, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen wird, bis die Arbeitgeber bereit sind, den Schiedsspruch vom 5. De-

